



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XI/129 - 8. Juni 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Kanzler und Mollets Russland-Bericht	S. 1
Entradikalisierung der italienischen Massen	S. 3
Vernachlässigtes Sorgenkind: Schule und Forschung	S. 5
Zum Abschluss der Generalsynoden-Tagung	S. 7
Diffamierte Lohnforderungen	S. 8

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0898890

Mehr als ein Missgeschick

sp. Was hat den Kanzler bewogen, einen Tag nach der Konferenz von Luxemburg die Gespräche, die er dort mit dem französischen Ministerpräsidenten Mollet führte, zu einem massiven Angriff gegen die Sowjetunion zu benutzen? Er hat den Sowjets Brutalität und Anmassung vorgeworfen und erklärt, es habe sich wieder gezeigt, dass sich am Kurs der Moskauer Politik nichts geändert habe und dass durch gutes Zureden bei den Russen nichts auszurichten sei. Die Grundlage dieses heftigen Ausfalles waren Bemerkungen des französischen Ministerpräsidenten über die russische Deutschlandpolitik, die sich wieder auf Äusserungen von Chruschtschow stützten, er ziehe es vor, 20 Millionen Deutsche auf seiner Seite zu haben, statt 70 Millionen, auch wenn diese neutralisiert seien.

Aber das, was Adenauer als Mollets Äusserung zitiert hat, war im entscheidenden Punkt unvollständig. Er hat es sich gefallen lassen müssen, unmittelbar danach von einem Augenzeugen des Gespräches Mollet-Chruschtschow, dem französischen Aussenminister Pineau, korrigiert zu werden: Chruschtschow habe sich nicht gegen ein neutralisiertes Deutschland schlechthin ausgesprochen, sondern nur gegen eines, das gegen die Sowjetunion ist. Auch der zusätzliche russische Hinweis, dass ein Gespräch über die Wiedervereinigung "unter den gegenwärtigen Umständen" keinen Sinn habe, blieb in den Äusserungen Adenauers unerwähnt.

Die russische Reaktion erfolgte prompt, teilweise auf drastische Weise. Die amtliche "Tass"-Agentur gab eine entsprechende Erklärung -2-

8.6.1956

ab und der Botschafter in der Bundesrepublik, Sorin, unterbrach seinen Aufenthalt in Hamburg und suchte, ganz offenbar im Auftrage seiner Regierung, um eine sofortige Unterredung mit dem Kanzler nach, ein Anwesen, dem sich dieser nicht entziehen konnte. Über den Inhalt des 20-Minuten-Gesprächs, das sich an die russische Demarche knüpfte, ist amtlich nichts bekannt geworden, aber der Zusammenhang ist jedem klar.

Mollets Bemerkungen, die der Kanzler also nach seinem höchst persönlichen Geschmack, verstümmelt und dadurch falsch, deutete, kamen ihm offenbar vor dem Abflug nach den Vereinigten Staaten recht gelegen. Vermutlich sollten sie dazu dienen, seine Meinung von der Nutzlosigkeit aller ernsthaften Ausgleichsbemühungen mit der Sowjetunion zu untermauern und die Amerikaner wieder stärker auf ihre ursprüngliche Linie einer betont harten und starren Haltung gegenüber Moskau zurückzuführen. Der Bundeskanzler weiss, dass in den Vereinigten Staaten das Gespräch über eine Fortentwicklung der weltpolitischen Entspannung voll im Gange ist und dass in diesen Überlegungen natürlich auch die deutsche Frage eine grosse Rolle spielt. Er musste sich also sagen, dass durch seine willkürliche Interpretation der russischen Politik - eben aufgrund jenes Berichtes aus dritter Hand - dem allgemeinen Zug zur Überbrückung der Gegensätze nur schwerer Schaden zugefügt werden konnte.

Ein zweiter Grund für die in der Tatsachen nicht begründete Erklärung über die Absichten Moskaus mag innenpolitischer Natur gewesen sein. Denn hätte das, was nach Dr. Adenauer der französische Ministerpräsident aus Moskau zu berichten wusste, wirklich gestimmt, so wäre das in der Tat zumindestens eine teilweise Rechtfertigung für die Politik des Kanzlers und ein Einwand gegen die Argumentation seiner innenpolitischen Gegner gewesen.

Die politischen Freunde des Kanzlers stellen die Sache jetzt vielfach so dar, als ob zwischen der ersten, von Adenauer verbreiteten Version der Äusserungen Chruschtschows und ihrem später bekanntgewordenen wirklichen Inhalt kein wesentlicher Unterschied bestände. In Wirklichkeit ist er aber fundamental. Die Kanzler-Deutung scheint wirklich jedes fruchtbare Deutschlandgespräch auszuschliessen. Die tatsächlich abgegebenen Erklärungen des Chefs der KPdSU aber lassen grundsätzlich durchaus Verhandlungsmöglichkeiten über eine deutsche Wiedervereinigung erkennen. Dass solche Möglichkeiten im Augenblick nur gering sind, ändert daran nichts.

Seinem Ansehen, das er selbst offenbar für einigermaßen reparaturbedürftig hält, hat der Bundeskanzler mit diesem seinen neuesten Einfall, der sehr schnell zu einem Reinfall wurde, kaum gerützt. Das gilt auch im Hinblick auf viele seiner politischen Freunde und Anhänger im In- und Ausland, die die Serie seiner selbstverschuldeten politischen Unglücksfälle mit immer grösserer Beunruhigung ansehen müssen.

* * *

Die Lehre aus den jüngsten Gemeindewahlen

PE - Rom, Anfang Juni

Verschiedene Umstände haben es dem unbefangenen Beobachter nicht ganz leicht gemacht, sich ein Urteil darüber zu bilden, welche Lehren aus den kürzlich in ganz Italien abgehaltenen Gemeindewahlen eigentlich zu ziehen sind. Seit den Parlamentswahlen des Jahres 1953 sind drei Jahrgänge neuer Wähler zugewachsen, was zur Folge hatte, dass fast alle Parteien Stimmengewinne verzeichnen konnten. Alle Parteien riefen "Sieg" und der Assenstehende hatte es nicht leicht, dabei die Wahrheit von den diversen Taschenspielerkunststücken einer interessierten Wahlarithmetik zu unterscheiden. Ein paar Tatsachen schälen sich jedoch bei näherer Prüfung zweifelsfrei aus dem Zahlenmaterial heraus.

Da ist vor allem einmal die Feststellung wichtig, dass beide extreme Flügel des italienischen Parteiensystems einen deutlichen Rückgang verzeichnen mussten, während sich das demokratische Zentrum gut behauptet hat. Am eklatantesten ist der Rückgang auf dem rechten Flügel. Monarchisten und Neufaschisten haben einen starken, in gewissen Gegenden geradezu katastrophalen Stimmenverlust zu verzeichnen. Nur in Neapel, wo der Reeder-Bürgermeister und monarchistische Milliardär Lauro seit Jahren ein höchst sonderbares - wie seine Gegner behaupten skandalös korruptes - persönliches Regiment führt, haben die Wähler mit grosser Mehrheit für Lauros "Volksmonarchismus" gestimmt; sonst ist die Rechte allenthalben schwer angeschlagen worden.

Folgen der Moskauer "Götterdämmerung"

Aber auch auf dem linken Flügel macht sich eine analoge Ent- radikalisierung bemerkbar. Zum ersten Mal seit vielen Jahren haben die Kommunisten Stimmen verloren und nicht gewonnen. Zwar haben Kommunisten und Nenni-Sozialisten auch diesmal wieder, wie im Jahre 1953, mehr als ein Drittel aller Wählerstimmen auf sich vereinigen können, aber die Aufteilung dieser Stimmen zwischen Togliatti und Nenni hat eine bedeutsame Verschiebung erfahren: Die Kommunisten sind geschwächt, die Nenni-Sozialisten erheblich gestärkt aus diesem Wahlkampf hervorgegangen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man dies auf das Konto

der Moskauer "Götzendämmerung" setzt.

Die Democrazia Cristiana geht aus diesen Gemeindegewahlen ein wenig geschwächt, aber noch immer als die stärkste italienische Partei hervor, wenngleich sie infolge des neuer Wahlgesetzes die Herrschaft über mehr als eine Gemeindestube eingebüßt hat, die sie bisher auf Grund des früheren "Wahlprämien"-Systems behaupten konnte. Immerhin weisen nach wie vor rund zwei Drittel aller italienischen Gemeinden christlich-demokratische Majoritäten auf.

Vielleicht das interessanteste Ergebnis der jüngsten Gemeindegewahlen besteht in der überraschenden Stärkung der Sozialdemokratie, die hierbei zutagegetreten ist. Man war vielfach darauf gefasst gewesen, dass sich auch diesmal die seit langen zu beobachtende Tendenz der Wählermassen zu den stärksten Parteien hin geltend machen würde. Dies aber hat sich keineswegs bestätigt - im Gegenteil. Verglichen mit den Parlamentswahlen des Jahres 1953 konnte die Partei Saragats einen Stimmengewinn von rund fünfzig Prozent verzeichnen.

Annäherung Saragat - Nenni ?

Dies stellt wohl ein deutliches Symptom dafür dar, dass immer mehr Italiener die demokratische aufbauende Politik Saragats und seiner Parteigenossen billigen - eine Politik, die ehrlich bemüht ist, durch Zusammenarbeit mit den anderen Parteien der demokratischen Mitte ein Maximum friedlichen sozialen Fortschritts zu verwirklichen. Zugleich bildet die sprunghafte Zunahme der sozialdemokratischen Wählerstimmen aber auch einen klaren Beweis für die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Italien; denn offenbar ist die Zahl derer merklich größer geworden, die unter halbwegs erträglichen Lebensverhältnissen gelernt haben, dem demokratischen Aufbau vor den revolutionären Umsturzlehren den Vorzug zu geben.

Der gleichzeitige Zuwachs der Sozialdemokraten und der Nenni-Sozialisten hat allen jenen Tendenzen einen starken Auftrieb verliehen, die auf eine Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien hinarbeiten. Tatsächlich würden Saragat- und Nenni-Sozialisten zusammen heute die zweitstärkste Partei Italiens repräsentieren und könnten daher die weitere politische Entwicklung des Landes entscheidend beeinflussen. An eine solche Wiedervereinigung ist freilich nur dann zu denken, wenn Nenni zuvor ein klares Bekenntnis zur Demokratie ablegt und den Kommunisten eine eindeutige Absage erteilt. Hiervon aber scheint Nenni heute noch immer ziemlich weit entfernt zu sein.

Eine unterentwickelte Provinz

G.S. Die Stunden sind selten, in denen sich der Bundestag mit Fragen der Wissenschaft und der Erziehung beschäftigt. Das Grundgesetz weist die Zuständigkeit für fast alle kulturpolitischen Aufgaben den Ländern zu; immerhin verbleibt dem Bund im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung ein so wichtiger Bereich wie die Förderung der Forschung. Sie ist immer ein Stiefkind der Bundesregierung gewesen; mochte man hier und da auch erkleckliche Summen aus Bundesmitteln für einzelne Forschungsaufgaben auswerfen, ein einheitlicher Plan der Forschungsfinanzierung wurde bisher nicht konzipiert.

Die beiden Grossen Anfrager der sozialdemokratischen Fraktion, über die man dieser Tage im Bundestag diskutierte, stiessen deshalb in ein Gebiet vor, in dem vor dem angeblichen "deutschen Wunder" wenig zu spüren ist. Nicht nur die für die Forschung aufgewandten Mittel stehen in einem krassen Missverhältnis zu der Höhe der Investitionen in der Wirtschaft, auch die eigentliche pädagogische Provinz, der Bereich der Erziehung unseres Nachwuchses, ist ein unterentwickeltes Gebiet geblieben. Denn mit der Förderung der Forschung allein ist es nicht getan, wir brauchen die Menschen, die sie betreiben und die ihre Ergebnisse praktisch anwenden können.

Bundesmittel für Nachwuchsförderung tun not

So greift das Problem über die verfassungsrechtliche Kompetenz des Bundes hinaus in den den Ländern zugewiesenen Raum der Erziehung. Von der politischen Zuständigkeit auch für dieses Gebiet kann jedoch der Bund nicht befreit werden. Die Finanzverfassung der Bundesrepublik hat dazu geführt, dass die Länder, welche die Mittel für das Erziehungsprogramm aufbringen sollen, diese Aufgabe nur noch ungenügend bewältigen können, während die Schatzkammer des Bundes, der vielzitierte "Julius-turm", sich weiter und weiter ausdehnt. Damit aber ist die Verantwortung des Bundes für die gegenwärtige Situation im Erziehungswesen eindeutig gegeben.

Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik verlangt deshalb mit Recht, die Bereitstellung von Bundesmitteln auch für Zwecke, die nicht im ursprünglichen Aufgabenbereich des Bundes liegen, so vor allem für die Förderung des Nachwuchses und für die Verbesserung der noch immer katastrophalen äusseren Schulverhältnisse. Obwohl seit 1948 mehr Schul-

raum neuerrichtet wurde als in der Zeit zwischen 1890 und 1940 (mit einem Kostenaufwand der Länder und Gemeinden von 3,5 Milliarden DM), fehlen infolge der Kriegszerstörungen und der gestiegenen Schülerzahl noch immer mindestens 40 000 Klassenräume. Schichtunterricht mit schweren gesundheitlichen Schäden für die Kinder ist eine Folge davon. Etwa 4 Milliarden DM sind erforderlich, um diesen Notstand zu beheben - ein im Vergleich zu den Kosten der Aufrüstung geringer Betrag! Auch die finanzielle Unterstützung der Studierenden aus öffentlichen Mitteln liegt im Vergleich zu anderen Staaten völlig im argen, das Stipendienwesen bedarf der großzügigen Beteiligung des Bundes, auch auf diesem Gebiet können die Länder allein die notwendige Vermehrung der Leistungen nicht tragen.

Schliesslich verlangt vor allem der technische Nachwuchs verstärkte Förderung. In der Bundesrepublik fehlen zur Zeit etwa 40 000 Ingenieure, die Ingenieurschulen können infolge des Mangels an Ausbildungsplätzen nur ein Drittel der Bewerber aufnehmen. Schon heute bildet die Sowjetzone im Vergleich zu ihrer Einwohnerzahl weit mehr Ingenieure aus als die Bundesrepublik. Im technischen und wirtschaftlichen Wettkampf zwischen Ost und West droht die Bundesrepublik hoffnungslos zurückzufallen.

Der Ruf nach Änderung des Grundgesetzes

Die Länder, die gewiss nicht der Neigung zu einem Kulturzentrismus und der mangelnden Wahrung ihrer föderalistischen Rechte verdächtigt werden können, sind schon lange einer gemeinsamen Beratung dieser Probleme durch Länder und Bund nicht mehr abgeneigt. So hat die Kultusministerkonferenz auf ihrer letzten Sitzung sich für die Gewährung von Bundesmitteln für langfristige zinslose Kredite zur Schulbaufinanzierung ausgesprochen und die Ministerpräsidenten haben sich Gedanken über die gemeinsame Förderung des technischen Nachwuchses durch Bund und Länder gemacht. Trotz alledem verschanzte sich die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Anfragen der SPD hinter die mangelnde verfassungsrechtliche Zuständigkeit des Bundes. Dabei gäbe es auch unter dem jetzigen Verfassungsrecht für den Bund Möglichkeiten genug, Abhilfe zu schaffen; so könnte eine stärkere Beteiligung des Bundes an der Forschungsfinanzierung - für die auch unter dem Grundgesetz die Zuständigkeit des Bundes durchaus gegeben ist - die Länder zugunsten grösserer Hilfe für die Erziehung entlasten. Aber nicht einmal diesen ersten bescheidenen

Schritt will die Bundesregierung offentbar tun. Sie wird sich nicht wundern dürfen, wenn nach dieser Debatte der Ruf nach Änderung des Grundgesetzes im Sinne stärkerer Kompetenz des Bundes auf kulturpolitischem Gebiet lauter und lauter wird.

* * *

Toleranz auf gedämpfter Temperatur

-dt, Hannover

Die Generalsynode der Vereinigten evangelischen-lutherischen Kirchen Deutschlands (Velkd), jetzt in Hannover abgeschlossen, hat nicht das gehalten, was manche vom Generalthema der Tagung "Toleranz aus Glauben" erwarteten: eine Aussprache über die mancherorts, vor allem in Bonn, geübte Intoleranz. Dieser Sprengstoff lag immerhin im Thema und man sah der Aussprache vor allem in Niedersachsen gespannt entgegen, in dem Land, von dem der Konkordatsstreit ausgeht und in dem der Katholizismus nicht geleugnete Versuche unternommen hat, seit der Reformation verlorengangenes Gelände zurückzugewinnen.

Es ist natürlich sehr viel und sehr geistreich über Toleranz gesprochen worden - die Landesbischöfe von Schleswig-Holstein, Halfmann, und von Bayern, Dietzfelbinger, beide noch nicht allzulange im Amt, waren die Hauptreferenten - aber es ist nichts gesagt worden, was bei einigermaßen gutem Willen die Situation zwischen der beiden Konfessionen verschärfen könnte. Gemessen an dem, was noch vor einem halben Jahr vom Gastgeber der Generalsynode und Leitenden Bischof der Velkd, von Landesbischof Lilje also, zu dem Verhältnis zwischen der beiden Konfessionen gesagt worden ist, waren jetzt Referate und Diskussion bemerkenswert versöhnlich.

Das Gespräch, ein Monolog übrigens, weil nach der Natur der Sache der (katholische) Partner fehlte, bewegte sich ausschliesslich auf theologischen Höhen und brachte darum nichts wesentlich Neues, obwohl die Lutheraner ganz deutlich sagten, dass sie weder vom Erbe Luthers abgehen noch etwa das Mariendogma akzeptieren wollen. Aber in die Niederungen der Tagespolitik bzw. der bundesdeutschen Situation stieg das Gespräch nicht herab, von einer Ausnahme abgesehen, als (von Bischof Halfmann) gesagt wurde, dass der Konkordatsstreit, wie immer er aus-

gehe, der katholischen Kirche Verstimmung einbringen werde.

Es war geradezu auffällig, wie der heikelste Reibungspunkt katholisch-protestantischer Auseinandersetzungen aktueller Natur gemieden wurde, nämlich die Personalpolitik in Bonn. Landesbischof Lilje, noch vor wenigen Monaten ein heftiger Streiter in dieser Arena, hielt sich zurück; eine akute Erkältung mag als willkommene Begründungen dienen, eine Erklärung ist sie nicht. Man kann aber eine Erklärung an anderen Stellen finden: sowohl Bischof Halfmann als Referent wie auch Bischof Hertrich - Hamburg - als Diskussionsredner brachen eine Lanze für ein Zusammenwirken beider Konfessionen "in der politischen Verantwortung". Bischof Hertrich verriet, was er darunter versteht, als er sagte, dass man "dieses erregende Wagnis" (einer politischen Zusammenarbeit beider Konfessionen) nun seit zehn Jahren mit Spannung verfolgen könne.

Landesbischof Lilje ist in einer Pressekonferenz direkt gefragt worden, ob Bischof Hertrich (zum Teil auch Halfmann) damit der CDU einige lutherische Korsettstangen habe einziehen wollen. Pflichtgemäss dementierte Lilje. Indes, wie er es tat und wie er sich unmittelbar danach, wieder auf eine direkte Frage, hütete, in den Schützengraben der Bonner Personalpolitik zu steigen, das alles zusammengefasst ergibt den Eindruck, dass innerhalb der lutherischen Kirchen einflussreiche Kräfte berührt sind, angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen Öl auf die die Ufer der CDU aushöhlenden Wogen des Konfessionsstreits zu giessen. Ebenso stark aber ist auch der Eindruck, dass dem Landesbischof Lilje diese Linie nicht sonderlich lag.

* * *

"Störversuche"

h. Unter der Überschrift "Kommunistische Störversuche" wurde eine Meldung verbreitet, als deren geistiger Vater das "Deutsche Industrie-Institut" genannt wird. In der Meldung hiess es: "Die Kommunisten in der Bundesrepublik sind von ihrer Parteileitung angewiesen worden, in den Betrieben durch sogenannte betriebliche Lohnkommissionen 'Teuerungszulagen' von zehn Pfennig je Stunde zu fordern."

Es fällt auf, dass dem Institut Meldungen dieser Art zugehen, wenn sozialpolitische Forderungen irgendwelcher Art so akut geworden sind, dass mit ihrer öffentlichen Behandlung durch die zuständigen Vertreter

der nichtkommunistischen deutschen Arbeitnehmer, nämlich der nichtkommunistischen, freien Gewerkschaften, früher oder später zu rechnen ist. Der Zweck dieser Meldungen ist klar: sozialpolitische Forderungen ständig in Verbindung mit dem Begriff "Kommunismus" zu bringen und sie so, samt der sie vertretenden Organisationen von vornherein zumindest atmosphärisch zu diffamieren. Dabei weiss niemand besser als das "Deutsche Industrie-Institut", wie innerhalb des stärksten antibolschewistischen Bollwerks in Westdeutschland - und das sind die Organisationen der freiheitlich gesinnten Arbeitnehmer - mit Totalitären aller Art verfahren wird. Es gibt da von Hans Böckler bis zur Aktion der IG Bau-Steine-Erden eindrucksvolle Beispiele, die man auch nach dem bekannten Verleumdungsrezept "es bleibt schon etwas hängen" nicht einfach fortzubern kann.

Es ist äusserst bezeichnend, dass dieser Hinweis auf angebliche kommunistische Störversuche wenige Tage vor der Mitteilung des Industriepräsidenten Berg gegeben wurde, in der er sich im Rahmen seines mächtigen Verbandes gegen Lohnerhöhungen auseinandersprach.

* *

*

Verantwortlich: Peter Reunau